

Eignungsprüfung

Gemäß § 122 GWB 2016 werden die

- Fachkunde
- Leistungsfähigkeit sowie das
- Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB

des Bieterunternehmens (BU) nach nachfolgenden Kriterien geprüft:

1. Zum Nachweis der Eignung gemäß § 122 GWB sind die im nachfolgenden **Formblatt 1 dieser Anlage 2** aufgeführten **Unterlagen und Erklärungen** mit dem Antrag abzugeben; soweit deutsche Rechtsnormen und Formulare benannt sind, gelten Gleichwertige aus anderen EU-Mitgliedsländern entsprechend. Zu einigen Anforderungen sind Formulare beigelegt.
2. Die ausschreibende Stelle (AG) verlangt nicht, das Standardformular für die einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE, § 50 VgV) unterzeichnet vorzulegen. Sie wird aber als vorläufiger Eignungsnachweis akzeptiert. Mit dem Angebot ist zwingend die Formblätter L 124 und L 127 ausgefüllt einzureichen.
3. Der Ausschreibungsgegenstand erfordert - über die Erklärungen der EEE hinaus - fachliche Eignungsnachweise bzw. Eigenerklärungen gem. dieser Anlage 2.
4. Präqualifikationsnachweise werden im Rahmen ihres Erklärungsumfangs anerkannt, müssen aber dennoch den Eignungsanforderungen entsprechen.

1 Formblatt 1: Übersicht Eignungsnachweise

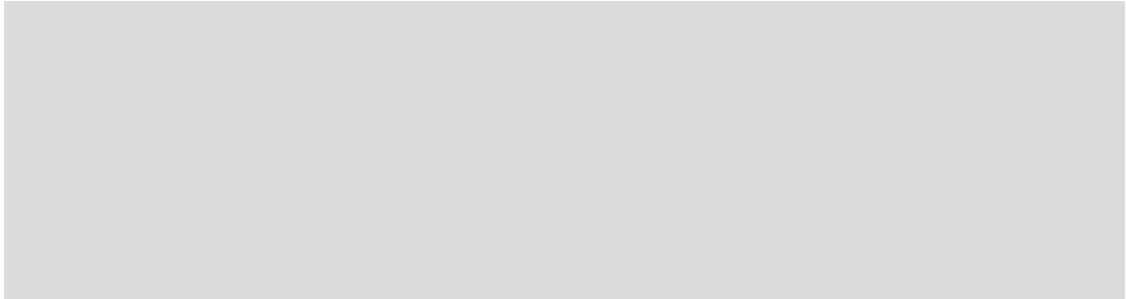
Zum Nachweis der Eignung sind folgende Unterlagen und Erklärungen mit dem Angebot abzugeben.

Lfd. Nr.	Unterlagen	Form des Nachweises
Zuverlässigkeit		
1	Nachweis Gewerbeanmeldung, Eintrag im Handelsregister	Formblatt L124
2	Firmenprofil / Unternehmensdarstellung Haupttätigkeit des Unternehmens	Formblatt 2
3	Haftpflcht Eigenerklärung Betriebshaftpflicht (Deckungszusage und -summe)	Formblatt 3 / L124
4	Nachweis Mitgliedschaft Berufsgenossenschaft	Formblatt L124
5	Nachweis zum Status bevorzugte Bewerber, sofern der BW diesen Status in Anspruch nimmt Nach den Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind bevorzugte Bewerber Spätaus-siedler, Vertriebene, Sowjetzonen-Flüchtlinge, Verfolgte, Evakuierte sowie Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten (Bevorzugten-Richtlinien - öABevR).	eigene Anlage
6	Eigenerklärung zu § 123 GWB	Formblatt 4
7	Eigenerklärung AentG	Formblatt 5
8	Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	Formblatt 6
9	Eigenerklärungen Verpflichtungserklärung	Formblatt 7
Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit		
10	Bescheinigung in Steuersachen	Formblatt L124
11	Eigenerklärung Sozialversicherungen (Zahl meistversicherter MA)	Formblatt L124
12	Keine Vergabe öffentlicher Aufträge an Personen/Unternehmen mit Bezug zu Russland (Verordnung (EU) 2022/576/09.04.22)	Formblatt L127

Technische Leistungsfähigkeit und Fachkunde		
13	Referenzprojekte Nachzuweisen sind mindestens drei Referenzen über vergleichbare Leistungen, die innerhalb der letzten drei Jahre vor Ablauf der Angebotsfrist erbracht wurden. Referenzen außerhalb des Tourismusbereichs sind zulässig. Bei laufenden Projekten werden bereits erbrachte Leistungen berücksichtigt.	Anlage 2a
14	Eigenerklärung Projektleitung & Vertretungsregelung	Formblatt 8
15	Eigenerklärung Sprachniveau Projektleitung	Formblatt 8

2 Formblatt 2: Firmenprofil I Unternehmensdarstellung

Was ist die Haupttätigkeit des Unternehmens? (Stichpunkte genügen)

A large, empty rectangular box with a light gray background, intended for the user to enter the main activity of the company.

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. der Registrierungsbedingungen des eingesetzten Vergabeportals [dtvp.de](https://www.dtvp.de). Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.

3 Formblatt 3: Haftpflicht, Datenverarbeitung, Verbindlichkeit

Es besteht eine Betriebshaftpflicht- sowie eine Sachschadensversicherung bei folgenden Versicherungsunternehmen:

Das BU erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

Das BU ist sich bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen den Ausschluss von dieser und weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

Der AG behält sich vor, Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen und einzuholen. Bei Widersprüchen zwischen den Anforderungen in der Eigenerklärung und der Bekanntmachung gelten vorrangig die Festlegungen in der Bekanntmachung.

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. der Bedingungen der Plattform DTVP. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.

6 Formblatt 4: Eigenerklärung zu § 123 GWB

Zu § 123 GWB erkläre/n ich/wir:

Weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB), bin/sind in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt worden; zudem wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt, wegen einer Straftat nach:

- § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen),
§ 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in den vorstehenden Erklärungen

- meinen/unseren Ausschluss von der Auftragserteilung gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB
- im Falle der Auftragserteilung eine fristlose Kündigung des Vertrages

zur Folge haben können.

Der AG behält sich vor, Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen und einzuholen. Bei Widersprüchen zwischen den Anforderungen in der Eigenerklärung und der Bekanntmachung gelten vorrangig die Festlegungen in der Bekanntmachung.

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. den Bedingungen der Plattform DTVP. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.

7 Formblatt 5: Eigenerklärung AentG

Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht wegen Verstoßes nach § 23 AentG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500,-- € belegt worden bin/sind.

Ich/Wir erkläre/n zudem, dass eine noch nicht geahndete schwerwiegende Verfehlung im Sinne des § 21 Abs. 1 S. 1 AentG nicht begangen wurde.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung eine fristlose Kündigung des Vertrages zur Folge haben können.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben können.

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. der Bedingungen der Plattform DTVP. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.

8 Formblatt 6: Verpflichtungserklärung Mindestentgelt

Zum 01.01.2015 ist für Arbeitnehmer* aller Branchen deutschlandweit ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt worden, der regelmäßig angepasst wird. Seit Januar 2026 gilt ein Mindestlohn von 13,90 € pro Stunde. Somit sind alle Arbeitgeber verpflichtet, ihren Arbeitnehmern diesen Mindestlohn zu zahlen.

Als Auftrag gebendes Unternehmen stehen wir in der Haftung, wenn das von uns mit Dienstleistungen oder Werksleistungen beauftragte Unternehmen seinen Arbeitnehmern keinen gesetzlichen Mindestlohn zahlt. Die Bundeszollverwaltung kontrolliert, ob der Mindestlohn eingehalten wird, und Verstöße können mit hohen Geldbußen geahndet werden. Zudem ist es möglich, dass Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden, wenn sie gegen das Mindestlohngesetz 2015 verstoßen.

Schriftliche Bestätigung über die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns

Der AN zahlt während der Leistungserbringung mindestens das jeweils gesetzlich vorgeschriebene Mindestentgelt und beachtet gegebenenfalls höhere zwingende Branchenmindestentgelte.

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. der Bedingungen der Plattform DTVP. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.

*gemeint sind alle Geschlechter (m/w/d)

Hinweis zum Einsatz von Nachunternehmen oder Verleihunternehmen

Soweit Nachunternehmen oder Verleihunternehmen eingesetzt werden sollen, müssen auch diese die obenstehende Erklärung gesondert vorlegen.

9 Formblatt 7: Eigenerklärungen zur beigefügten Verpflichtungserklärung

Ich / wir erklären mit Abgabe des Angebotes, dass im Auftragsfall, die Verpflichtungserklärung Anlage 6 gemäß den Vorgaben des Auftraggebers unterzeichnet wird.

Die Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung erfolgt im Rahmen der Vertragsunterzeichnung durch den Zuschlagsempfänger.

Mit dieser Eigenerklärung wird bestätigt, dass das antragstellende Unternehmen die Anforderungen der DSGVO, insbesondere die Pflichten nach Art. 28 DSGVO, grundsätzlich erfüllen kann.

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. der Bedingungen der Plattform DTVP. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.

14-15 Formblatt 8: Projektleitung, Sprachkenntnisse

Ich/Wir erkläre/n, dass ein Projektverantwortlicher für den AG zur Verfügung steht inkl. der Modalitäten bei einem möglichen Wechsel in der Vertragszeit sowie in Urlaubs- und Krankheitsfällen.

Ich/Wir erkläre/n, dass wir ausschließlich Projektverantwortliche, Verantwortliche für den Support und Entwicklung einsetzen, die die Sprache Deutsch auf dem Niveau Standard B2 beherrschen.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung eine fristlose Kündigung des Vertrages zur Folge haben können.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben können.

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. der Bedingungen der Plattform DTVP. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.